

# INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung  
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien  
und Forschungen (IMSF)  
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-  
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 4/1980 – Dezember

## 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Im Frühjahr 1980 hat in der Bundesrepublik eine neue zyklische Krise eingesetzt. In den letzten Monaten hat sich der zunächst allmähliche Produktionsrückgang fortgesetzt und verstärkt. Der vergleichbare Vorjahresstand ist deutlich unterschritten. Auch die Auftragseingänge sind stark rückläufig, der Auslastungsgrad der industriellen Kapazitäten ist zwischen März und September um fast sechs Prozentpunkte auf etwa 80 Prozent gesunken.

Wichtigstes Moment des Einbruchs bleibt die Schwäche des privaten Verbrauchs. Die Einzelhandelsumsätze liegen unter dem Vorjahresstand, obwohl schon im Vergleichszeitraum rückläufige reale Umsatzziffern verzeichnet worden waren.

Dies zeigt auch die Investitionstätigkeit. Bei insgesamt stabiler Investitionsentwicklung waren in den Verbrauchsgüterindustrien schon 1980 die Investitionen rückläufig, während in den vorgelagerten Bereichen noch kräftige Expansionsraten verzeichnet wurden. Obwohl für das kommende Jahr von den offiziellen Prognosen nur eine Stagnation der Anlageinvestitionen erwartet wird, kann doch auch ein deutlicher Rückgang nicht ausgeschlossen werden. Denn die schwache Investitionsentwicklung im Konsumgüterbereich bei expandierenden Kapazitäten im Investitionsgütersektor beinhaltet Disproportionen im gesamten Reproduktionsprozeß.

Die Absatzmöglichkeiten im Ausland sind noch bis ins zweite Halbjahr 1980 hinein gewachsen. Die Aufträge aus dem Ausland deuten jedoch darauf hin, daß es im Export ebenfalls zu einem Rückschlag kommen wird. Der Welthandel wächst kaum noch, in den wichtigsten Partnerländern ist der Übergang zur Krise ebenfalls vollzogen.

Unruhen im Währungssystem machten erneut deutlich, daß nach dem Zerfall des Systems von Bretton Woods mit seinen stabilen Wechselkursen und der Vorrangstellung des Dollar noch keine adäquate Lösung gefunden werden konnte. Die Kursverschiebungen erfolgten zur allgemeinen Überraschung zuungunsten der DM, die eine kräftige Abwertung hinnehmen mußte, während der Dollar, aber auch die europäischen Währungen demgegenüber aufgewertet wurden. Dabei dürfte es sich jedoch nur um eine vorübergehende Erscheinung handeln, die wesentlich durch die Spekulation

hervorgerufen wurde.

Die staatliche Wirtschaftspolitik steht ganz unter dem Eindruck des hohen Verschuldungsgrades und der negativ gewordenen Leistungsbilanz. Während 1974/75 immerhin noch versucht worden war – wenn auch viel zu spät und viel zu unkonsequent – dem Abrutschen in die Krise gegenzusteuern, wirken die staatlichen Maßnahmen bis jetzt krisenfördernd. Die öffentliche Ausgabenpolitik orientiert sich am Ziel der „Konsolidierung“ und bemüht sich um eine Beschränkung der sozial wirksamen Ausgaben. Das von der neuen Bundesregierung vorgelegte „Sparprogramm“ steht ganz im Zeichen des Sozialabbaus. Während die öffentlichen Ausgaben 1981 real leicht rückläufig sein sollen geht es beim Rüstungshaushalt nur noch darum, ob er entsprechend den Natowünschen um real drei Prozent expandieren wird, oder ob eine etwas niedrigere Steigerungsrate realisiert werden soll.

Die Hochzinspolitik der Bundesbank wurde trotz der konjunkturellen Verschlechterung kaum gelockert. So wird versucht, internationales Leihkapital anzulocken und den durch die negative Leistungsbilanz und die forcierte Kapitalexportstrategie auf dem Felde der Direktinvestitionen bedingten Devisenabfluß zu verhindern.

Die Wirtschaftspolitik sucht so – auch um den Preis einer Krisenvertiefung – die internationale Position der Bundesrepublik zu verteidigen und weiter auszubauen.

Die bevorstehende Lohnrunde – fast alle bedeutenden Branchen schließen im ersten Vierteljahr 1980 neue Tarifverträge ab – wurde von Bundesregierung, Forschungsinstituten und Unternehmern sehr früh propagandistisch vorbereitet. Die Gewerkschaften sollen veranlaßt werden, ihre Forderungen an der gesamtwirtschaftlichen Produktivität zu orientieren, wobei die Inflation ausgeklammert werden soll. Dies würde Abschlüsse um drei Prozent bedeuten. Erneut soll den Arbeitern und Angestellten, deren Einkommen schon im Jahre 1980 real um etwa ein Prozent gesunken sind, ein Reallohnverlust zugemutet werden.

Dies würde die Krisenspirale mit Sicherheit weiter antreiben. Schon im Jahre 1980 war die Schwäche des privaten Verbrauchs der auslösende Faktor für die Konjunkturabschwächung und die inzwischen rasch zu-

nehmende Arbeitslosigkeit. Eine weitere Einschränkung der Massenkaufkraft würde die existierenden Disproportionen zwischen Produktionsmöglichkeiten und Konsum vergrößern und auch die Investitionstätigkeit beschränken. Denn zumindest auf kurze Sicht ist die Kapazitätsauslastung und die Absatzlage der entscheidende Bestimmungsgrund der Investitionen. Selbst wenn eine Senkung der Lohnkosten die privaten Gewinne erneut verbessern würde, hätte dies keine positiven Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft. Denn die Gewinnsituation der meisten Unternehmen ist ohnehin so günstig, daß von daher keine Beschränkungen für Investitionsaufträge ausgehen.

Aktive Wirtschaftspolitik im Interesse der Arbeitsplätze durch zusätzliche staatliche, sozial wirksame Ausgabenprogramme und durch kräftige Lohnerhöhungen würde die zyklische Krise nicht verhindern können. Sie würde aber ihre Auswirkungen auf die Lebenslage der Arbeiter und Angestellten abmildern.

### INHALT:

#### 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Stahlkrise
- 1.4 Geld- und Kapitalmarkt
- 1.5 Investitionen
- 1.6 Außenwirtschaft

#### 2 Unternehmerngewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmerngewinne
- 2.2 Konzentration

#### 3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Preise
- 3.4 Sozialabbau
- 3.5 Tarifikationen
- 3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



## 1.1 Sozialprodukt

Das Wachstum des Sozialprodukts – der immer noch wichtigste Indikator der wirtschaftlichen Situation – hat sich im Laufe des Jahres 1980 deutlich verlangsamt. Im zweiten Halbjahr dürfte es sogar stagniert haben.

### Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts<sup>1</sup>

	Nominal	Real
1. Halbjahr 1977	+ 6,6	+ 3,1
2. Halbjahr 1977	+ 6,8	+ 2,6
1. Halbjahr 1978	+ 7,1	+ 3,0
2. Halbjahr 1978	+ 8,4	+ 4,2
1. Halbjahr 1979	+ 8,7	+ 4,7
2. Halbjahr 1979	+ 8,4	+ 4,4
1. Halbjahr 1980	+ 8,2	+ 3,6
2. Halbjahr 1980 <sup>2</sup>	+ 6,5	+ 1,0
1. Halbjahr 1981 <sup>2</sup>	+ 4,0	- 1,0
2. Halbjahr 1981 <sup>2</sup>	+ 5,5	+ 1,5

<sup>1</sup> Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

<sup>2</sup> Schätzung bzw. Prognose des „Herbstgutachtens“ der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/80; DIW-Wochenbericht 44–45/80)

Die Verlangsamung des Wachstums im ersten Halbjahr 1980 wurde durch Sonderfaktoren (Stichworte: extrem kalter Winter, Stahlstreik) im Vergleichszeitraum 1979 zunächst überdeckt, so daß im ersten Quartal noch ein kräftiges Wachstum von mehr als fünf Prozent errechnet wurde. Im zweiten Quartal aber war nur noch eine Zunahme um etwa 1,5 Prozent zu verzeichnen.

Die Prognosen für das zweite Halbjahr 1980 und für 1981 sind in den letzten Monaten nach unten korrigiert worden.

### Prognosen 1980/81

	Bundesregierung 1980	1981	Herbstgutachten 1980	1981
Wirtschaftswachstum <sup>1</sup>	+ 2,0	+ 0,5	+ 2,0	0,0
Preise <sup>2</sup>	+ 5,5	+ 3,5–4,0	+ 5,0	+ 4,0
Arbeitslose (in 1000)	920	1030–1140	900	1100

<sup>1</sup> Reales Bruttosozialprodukt in % gegenüber dem Vorjahr

<sup>2</sup> Verbraucherpreise, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Presseberichte; DIW-Wochenbericht 44–45/80)

Für 1980 war ursprünglich ein Wachstum von 2,5 Prozent erwartet worden. Trotz der Korrekturen wird bisher noch mit einer vergleichsweise kurzen und milden Rezession gerechnet, deren Tiefpunkt im ersten Halbjahr 1981 liegen soll. Für die zweite Jahreshälfte von 1981 wird wieder auf eine kräftige Belebung gehofft, nur so könnte im Jahresdurchschnitt ein absoluter Rückgang vermieden werden. Dies ist allerdings nicht mehr als eine bloße Hoffnung – in den aktuellen Daten finden sich keine Grundlagen für qualifizierte Prognosen über die Krise hinaus. Auch die Erwartung einer kurzen und milden Rezession ist weitgehend spekulativ – zu groß sind die Unsicherheitsfaktoren der wirtschaftlichen Entwicklung.

## 1.2 Produktion

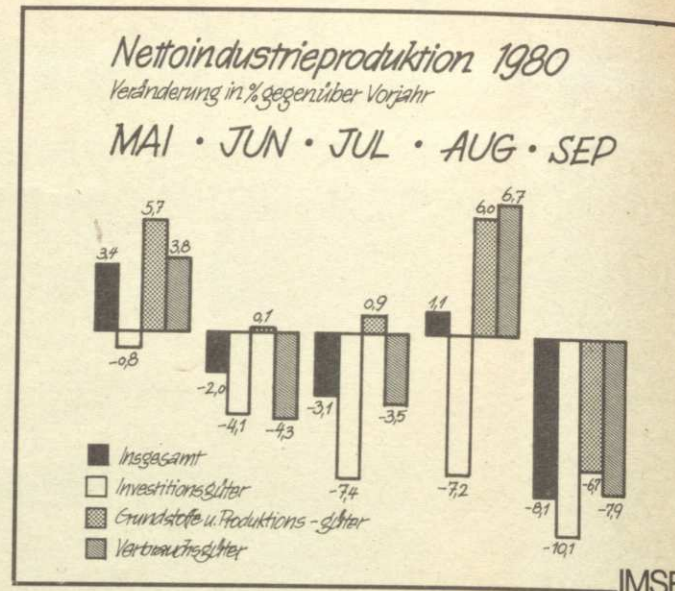
Der schon im letzten Bericht festgestellte Rückgang der Produktion hat sich in den vergangenen Monaten fortgesetzt und teilweise noch verstärkt. Schon zur Jahresmitte wurde der Vorjahresstand unterschritten.

### Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes<sup>1</sup>

	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept. <sup>2</sup>
Insgesamt	+ 3,4	- 2,0	- 3,1	- 1,2	- 8,1
Grundstoffe und Produktionsgüter	- 0,8	- 4,1	- 7,4	- 8,4	- 10,1
Investitionsgüter	+ 5,7	+ 0,1	+ 0,9	+ 3,6	- 6,7
Verbrauchsgüter	+ 3,8	- 4,3	- 3,5	+ 1,1	- 7,9

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr

<sup>2</sup> Vorläufige Zahlen  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)



Im August/September brach die Produktion regelrecht ein, in diesem Zweimonatszeitraum wurde saisonbereinigt 2,5 Prozent weniger erzeugt als im Juni/Juli. Im September wurde der Produktionshöchststand vor der Krise vom Februar um 8,5 Prozent unterschritten.

Bei insgesamt rückläufigen Produktionsziffern bleiben erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen bestehen bzw. verschärfen sich teilweise.

Die Situation in der eisenschaffenden Industrie ist geprägt durch die Verflechtung der zyklischen Krisenerscheinungen mit einer seit 1975 anhaltenden Branchenkrise. Für 1980 wird mit einem Rückgang der Stahlproduktion um fünf Prozent gerechnet, wobei in den letzten Monaten des Jahres – schon infolge der von der EG beschlossenen Produktionsdrosselung – ein scharfer Einbruch erwartet werden muß.

Auch in der chemischen Industrie ist die Produktion inzwischen rückläufig, hier drücken zusätzlich die hohen Lagerbestände bei den Verarbeitern chemischer Produkte auf die Fertigung.

Der Maschinenbau hat in den letzten beiden Jahren von der vergleichsweise günstigen Investitionsentwicklung profitiert. Man hofft dort, daß es im Verlauf der zyklischen Krise nur zu einem leichten Rückgang der Investitionen kommt, und befürchtet daher für 1981 nur geringe Produktionseinbußen. Immerhin sind auch dort die Auftrags-eingänge in den letzten Monaten rückläufig gewesen.

Die Automobilindustrie als sehr konjunktorempfindliche Branche befindet sich weiterhin in einer ausgeprägten Abschwungsphase, die durch die Erfolge der japanischen Konkurrenz verstärkt wird. Die Produktion von Pkw liegt zur Zeit um 12 bis 15 Prozent unter dem Vorjahresstand und sinkt weiter. Auch für 1981 wird noch keine durchgreifende Besserung erwartet.

Ausgeprägte Unterschiede zwischen Investitions- und Verbrauchsgütern kennzeichnen weiterhin die Situation in der Elektroindustrie. Zwar waren die Aufträge auch bei elektrotechnischen Investitionsgütern zuletzt leicht rückläufig, dort existieren aber noch hohe Auftragsreserven. Für elektrotechnische Verbrauchsgüter dagegen halten die Absatzschwierigkeiten an, wenn es auch zu einer leichten Verringerung der immer noch weit überhöhten Fertigwarenbestände gekommen ist.

Die Textil- und Bekleidungsindustrien bekommen ebenfalls deutlich die Schwäche des privaten Verbrauchs zu spüren. Die Aufträge gehen zurück, vor allem die Bekleidungsindustrie muß die Produktion einschränken.

In der Bauwirtschaft verstärken sich die Krisenerscheinungen. Die Aufträge gehen rapide zurück, vor allem im Wohnungsbau und im öffentlichen Straßenbau. Zwar wird das Bauvolumen 1980 insgesamt noch zunehmen, es existieren noch gewisse Auftragsüberhänge. Für 1981

aber wird ein Rückgang um drei bis vier Prozent erwartet. Die jüngsten Beschlüsse der Koalitionsparteien zur Wohnungsbaupolitik, die auf einen Abbau des sozialen Wohnungsbaus hinauslaufen, das anhaltend hohe Zinsniveau und die beabsichtigten Haushaltskürzungen lassen die weiteren Perspektiven im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau düster erscheinen.

### Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen<sup>1</sup>

	Mai	Juni	Juli	August <sup>2</sup>
Produzierendes				
Gewerbe insges.	+ 3,4	- 2,0	- 3,1	+ 1,1
Eisenschaffende				
Industrie	- 2,5	- 3,1	- 7,1	- 7,6
Chemische Industrie	- 2,1	- 5,9	- 10,1	- 8,6
Maschinenbau	+ 8,2	+ 2,5	+ 6,2	+ 8,5
Straßenfahrzeugbau	- 1,6	- 5,4	- 3,3	- 2,6
Elektrotechnik	+ 7,5	+ 2,7	+ 1,6	+ 9,0
EDV-Geräte	+ 7,9	+ 5,7	- 8,1	+ 31,0
Textilgewerbe	+ 2,0	- 4,0	- 6,3	+ 1,1
Bekleidungsgewerbe	- 7,9	- 5,6	- 2,5	- 6,1
Bauhauptgewerbe	+ 3,8	- 7,4	- 9,6	- 3,0

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr

<sup>2</sup> Vorläufige Zahlen  
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsberichte, lfd.)

Deutlicher noch als die Produktion gehen die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe zurück. Einschränkend ist allerdings zu bemerken, daß die Qualität der Auftragseingangsstatisik noch wesentlich geringer ist als die der Produktionsstatistik. Die Meldungen durch die Unternehmen, auf denen die Wirtschaftsstatistik überhaupt wesentlich basiert, sind oft ungenau oder lückenhaft, die monatliche Abgrenzung ist oft willkürlich, plötzliche Schwankungen von Monat zu Monat sind oft rein zufällig, nachträgliche Korrekturen die Regel.

### Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe

	Insgesamt (1)	(2)	Grundstoffe und Produktions- güter (1)	(2)	Investitions- güter (1)	(2)	Verbrauchs- güter (1)	(2)
April	+ 6,8	0,0	+ 14,2	+ 4,0	+ 2,5	- 2,3	+ 7,7	+ 0,3
Mai	- 1,1	- 7,3	- 0,3	- 8,6	- 0,2	- 0,2	- 4,4	- 10,8
Juni	+ 0,8	- 5,3	+ 4,0	- 4,1	- 0,9	- 0,9	+ 0,3	- 5,9
Juli	+ 3,0	- 2,8	- 2,1	- 8,6	+ 5,6	+ 5,6	+ 4,4	- 1,8
August	- 4,8	- 9,9	- 8,4	- 13,8	- 3,2	- 3,3	- 3,3	- 8,8
Sept. <sup>2</sup>	+ 1,8	+ 2,3			- 0,2		+ 6,3	

(1) Zu jeweiligen Preisen (2) Preisbereinigt

<sup>1</sup> Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Vorläufige Zahlen  
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Seit dem Frühjahr liegen die Auftragseingänge real unter dem Vorjahresniveau. Die saisonbereinigte Betrachtung zeigt, daß sich die rückläufige Tendenz verstärkt. Im Zweimonatszeitraum August/September lagen die Aufträge real um vier Prozent unter dem Stand von Juni/Juli. Der Vorkrisenhöchststand vom Februar 1980 wurde um elf Prozent unterschritten.

Bis zur Jahresmitte entwickelten sich dabei die Auslandsaufträge etwas günstiger als die inländischen Bestellungen. In den letzten Monaten hat sich die Schwäche der kapitalistischen Weltkonjunktur aber auch auf die Auslandsaufträge ausgewirkt. Sie sind zurückgefallen, so daß die stabilisierende Rolle des Exports in der nächsten Zeit wegfallen dürfte.

### Auftragseingänge nach Herkunft<sup>1</sup>

Inland	Verarbeiten- des Gewerbe insgesamt	Grundstoffe und Produk- tionsgüter	Investitions- güter	Verbrauchs- güter
April	+ 6,6	+ 11,3	+ 3,5	+ 7,1
Mai	- 3,6	+ 0,3	- 5,6	- 4,6
Juni	+ 1,1	+ 3,8	0,0	- 0,3
Juli	+ 2,5	- 1,6	+ 4,3	+ 4,5
August	- 3,0	- 8,4	+ 0,6	- 3,2
September	+ 1,8	+ 1,8	- 0,4	+ 6,3

Ausland				
April	+ 7,5	+ 20,9	+ 1,0	+ 11,3
Mai	+ 4,5	- 1,4	+ 8,5	- 4,0
Juni	+ 0,2	+ 4,6	- 2,3	+ 3,4
Juli	+ 4,1	- 3,1	+ 8,0	+ 4,1
August	- 8,9	- 8,3	- 9,8	- 4,0
September	+ 1,5	+ 3,2	0,0	+ 6,7

<sup>1</sup> Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 5/78)

Die Hoffnungen, daß die Investitionsentwicklung dieses Mal stabiler verlaufen wird als in vorangegangenen zyklischen Krisen wird bis jetzt durch die Auftragsentwicklung im Investitionsgütergewerbe (Inlandsaufträge) gestützt. Hier ist es bisher nur zu leichten Rückgängen gekommen. Allerdings wäre es voreilig, daraus allein auf eine nur milde Rezession zu schließen. Andere Faktoren, vor allem die Schwäche des privaten Verbrauchs, könnten zusätzlich destabilisierend wirken. Dies lassen die Einzelhandelsumsätze befürchten, die zur Zeit bei Schwankungen von Monat zu Monat stark rückläufig sind.

### Einzelhandelsumsätze 1980<sup>1</sup>

1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr
+ 3,8	- 4,1	+ 1,4

<sup>1</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr, preisbereinigt  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Da zudem die staatliche Wirtschaftspolitik auf Restriktionskurs ist, kann trotz der stabileren Investitionen eine Vertiefung der Krise nicht ausgeschlossen werden.

## 1.3 Stahlkrise

Die Verflechtung von Struktur- und Konjunkturkrisen, ein wichtiges Merkmal der siebziger Jahre, ist besonders deutlich in der Stahlindustrie zu beobachten (= eisenschaffende Industrie). Nach zwei Jahren eines Produktionsanstiegs ist es hier national wie international inzwischen wieder zu einem tiefen Produktionseinbruch gekommen. Im dritten Quartal 1980 war die Rohstahlproduktion der 24 OECD-Länder (Zusammenschluß vorwiegend kapitalistischer Industrieländer) 15 Prozent niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit. In der EG betrug der Rückgang zwölf Prozent, in Japan drei Prozent, in den USA aber 36 und in Großbritannien 38 Prozent. Die BRD verzeichnete einen Rückgang um elf Prozent. Der konjunkturelle Einbruch des Stahlverbrauchs, der durch die Wirkung hoher Lagerbestände bei den Verarbeitern verschärft wird, hat die seit 1974 bestehenden Probleme der Branche wieder akut werden lassen (vgl. „Informationen...“ 3/74 und 4/78). Sie waren durch die Belebung 1978 und 1979 nur zeitweilig überdeckt worden.

Wichtigstes äußeres Merkmal der Krise und unmittelbare Ursache ist die Existenz von Überkapazitäten, die unter dem Eindruck steigender Absatzziffern bis 1975 errichtet worden waren. Dabei hat die Konkurrenz der großen Konzerne untereinander zu einer planlosen und über den tatsächlichen Bedarf weit hinausgehenden Investitionspolitik geführt. Gegenwärtig wird die weltweite Stahlkapazität auf knapp 860 Millionen Jahrestonnen geschätzt, während der Stahlverbrauch bei etwa 745 Millionen Jahrestonnen liegt.

In der Bundesrepublik werden die Rohstahlkapazitäten gegenwärtig auf knapp 69 Millionen Jahrestonnen geschätzt, die Produktion (1980) nur auf knapp 44 Millionen. Die Kapazitäten sind also zu weniger als 64 Prozent ausgelastet.

Seit Mitte 1975 stehen – bei Schwankungen – mehr als 30 Prozent der bundesdeutschen Stahlkapazitäten „still“. Zeitweilig, so im Jahr 1977, blieben mehr als 50 Prozent ungenutzt.

In welchem Maße planlos und unkoordiniert Kapazitäten erweitert wurden, zeigt die folgende Tabelle. Allein zwischen 1970 und 1975 nahmen sie um etwa 40 Prozent zu.

Hinzu kommt, daß der wachsende Stahlverbrauch in den „Schwellenländern“, d. h. in den sich industrialisierenden Entwicklungsländern, zunehmend durch eigene Produktionen gedeckt wird. Teilweise werden dort Stahlwerke in eigener Regie gebaut, teilweise aber auch unter der Regie internationaler Konzerne. Nimmt man das Stahlspitzenjahr 1974 als Ausgangspunkt, so lag die Weltstahlproduktion im Jahre 1979



## Stahlindustrie der BRD

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Produktion (Mio. t)	45,0	40,3	43,7	49,5	53,2	40,4	42,4	38,0	41,3	46,0	44,0
Produktion (in %)	- 0,2-	9,5+	7,1+	15,7+	7,7-	22,5+	3,0-	4,5+	5,8+	9,0-	5,0
Beschäftigte (in 1000)	297	290	277	282	287	283	288	279	267	265	-
Kapazitäten (in %)	+ 7,2+	5,0+	3,6+	4,4+	5,0+	5,5+	2,9+	0,7	0,0	+ 0,1	0,0

1 Schätzung für 1980

2 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Branchenservice; Ifo-Schnelldienst 30/80)

um fünf Prozent höher. Aber nur die sozialistischen Länder (+ 14 Prozent) und die „jungen“ Stahlländer wie Brasilien und Venezuela (+ 56 Prozent) konnten ihre Produktion kontinuierlich ausweiten. Die Produktion der kapitalistischen Länder war 1979 niedriger als 1974, sogar Japan blieb um drei Prozent hinter dem Spitzenergebnis von 1974 zurück.

Bei der „Lösung“ der Stahlkrise, d. h. beim Abbau der Überkapazitäten in den kapitalistischen Industrieländern, wird nun versucht, eine Konzentration auf die jeweils kostengünstigsten Standorte und die rationellsten Fertigungsmethoden zu erreichen. Dies bereitet unter kapitalistischen Verhältnissen erhebliche Schwierigkeiten. Denn sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene spielt dabei die Konkurrenz der Konzerne untereinander eine bestimmende Rolle. Um zu Lösungen zu kommen, die die Existenz und Verwertungsinteressen der betroffenen Konzerne sicherstellen, war daher die Einschaltung zentraler Institutionen – Regierungen und EG-Einrichtungen – und eine kartellmäßige Absprache notwendig. Inzwischen haben sich die Konzerne und Regierungen in Westeuropa auf die Anwendung des EG-Krisenartikels 58 geeinigt und eine Produktionseinschränkung zunächst von 14 Prozent bei Festlegung von Produktionsquoten für die einzelnen Konzerne beschlossen. Wie eng hier politische und privatwirtschaftliche Institutionen kooperiert haben, betont ein Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“: Es seien „die Unternehmen und Unternehmensverbände der Hersteller und Verbraucher... in den Entscheidungsfindungsprozeß der Kommission als „hohe Behörde“ einbezogen. Das wurde auch mit auffallender Präsenz namhafter Stahlindustrieller und Verkaufsvorstände im Umfeld der Luxemburger Ratstagung sichtbar“ (Fernaussage, 1. 11. 80). Orientierungspunkt der Abmachungen ist die Erhaltung der privatwirtschaftlichen Rentabilität. Sofort nach den Beschlüssen von Luxemburg stiegen die Stahlpreise um bis zu 16 Prozent. Es liegt auf der Hand, daß dadurch die Inflation angetrieben und die Absatzmöglichkeiten eingeschränkt werden. Unter dem Schutzschild des Kartells wird die Konzentration der Produktion auf die rentabelsten Standorte angestrebt, wobei die Arbeitsplatzinteressen der Beschäftigten keine Rolle spielen. Aktuell gefährdet seien nach Aussage von Lambsdorff 7000 Arbeitsplätze, Franz-Josef Hufnagel, Vorsitzender des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, spricht von einem aktuellen „Überhang“ von 10 000 Beschäftigten. Durch Einsatz der modernen Meß- und Regeltechnik, so hieß es auf dem diesjährigen Eisenhüttenstag, könne in den nächsten Jahren der Arbeitsaufwand je Tonne Rohstahl von sechs auf vier Stunden reduziert werden.

Ziel der Bundesregierung und der westdeutschen Stahlkonzerne ist es langfristig, sich auf Spezialstähle zu konzentrieren und dort international eine Spitzenstellung auszubauen. Daher war es für Lambsdorff entscheidend, daß der Edelstahl aus der EG-Quotenregelung ausgespart blieb. So war der „Marktwirtschaftler“ bereit, die ansonsten scharf abgelehnten „staatswirtschaftlichen“ Reglementierungen mitzutragen.

## 1.4 Geld- und Kapitalmarkt

Hand in Hand mit der zunehmenden Komjunkturabkühlung kommt es zu einer deutlichen Verlangsamung der Nachfrage nach Krediten. Wie aus der Tabelle „Konsolidierte Bilanz des Bankensystems“ hervorgeht, sind insbesondere die Kredite an Unternehmen und Private zurückgegangen: die Zuwachsrate ist von 12,2 Prozent im Dezember 1979 auf 9,4 im September 1980 gesunken.

Eine andauernde Verminderung weisen die Netto-Auslandsforderungen aus: erreichten sie Ende 1978 130 Milliarden DM, so sind sie Ende September dieses Jahres auf knapp 96 Milliarden zurückgegangen.

## Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1979	1980	1979	1980		
	Dezember	September	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
	Milliarden DM		Veränderungen gegenüber	Vorjahr	in %	
Kredite an inländische Nichtbanken	1351,2	1416,5	11,5	10,6	9,8	9,1
– Unternehmen u. Private	1039,5	1094,0	12,2	11,4	10,3	9,4
– Öffentliche Haushalte	311,7	322,5	9,3	8,1	8,0	7,9
Netto-Auslandsforderungen	105,1	95,9	–19,3	–17,8	–19,0	–20,5
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten <sup>1</sup>	760,1	828,5	10,9	9,8	9,8	8,0
darunter: Spareinlagen und -briefe	267,6	271,7	7,3	6,0	6,5	6,4
Geldvolumen (M <sub>3</sub> )	696,2	683,9	6,0	6,0	4,4	4,8

1 Einschließlich „Zentralbankeinlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“  
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Entsprechend der Entwicklung dieser zwei Hauptposten der Aktiva des Bankensystems zeigen auch die beiden Hauptposten der Passiva, das Geldvolumen und die Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten, eine deutliche Abschwächung. Was die Geldkapitalbildung betrifft, ist der Tendenzumschwung hauptsächlich auf die Bankschuldverschreibungen zurückzuführen, die sich nach einem rasanten Aufschwung im vergangenen Jahr verlangsamt haben, parallel zum Nachlassen der Kreditnachfrage.

Auf dem Kapitalmarkt, sowohl dem Primär- wie auch auf dem Sekundärmarkt, herrschte 1980 eine rege Tätigkeit.

Wie die Tabelle „Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren“ zeigt, nahm der Nettoabsatz von Rentenwerten insbesondere im 1. Halbjahr stark zu: das Volumen der gesamten öffentlichen Wertpapiere (Anleihen der öffentlichen Hand und Kommunalobligationen) hat sich fast verdoppelt, zum Teil weil die öffentlichen Stellen zur Finanzierung ihrer Ausgaben dem Rentenmarkt Vorrang gegenüber dem Kreditmarkt gegeben haben. Außerdem haben sich die öffentlichen Stellen stark im Ausland verschuldet: die Verpflichtungen gegenüber dem Ausland sind im 1. Halbjahr um fast 10 Milliarden DM gestiegen, was einer Zunahme ihres Standes Ende 1979 um mehr als die Hälfte entspricht.

Auch die Emission ausländischer Rentenwerte hat stark expandiert: mit knapp 6 Milliarden DM lagen sie im Zeitraum Januar–September wesentlich höher als im ganzen Vorjahr, als sie 3,7 Milliarden betrugen. Der größte Teil der Anleihen der ausländischen Emittenten wurde von Inländern unterzeichnet, was einen Netto-Kapitalexport bedeutet.

Im 3. Quartal hat sich auf der Erwerbsseite eine neue Entwicklung angebahnt: Zum ersten Mal nach zwei Jahren sind die Kreditinstitute wieder die stärksten Käufer, wahrscheinlich weil die nachlassende Kreditnachfrage die Banken veranlaßt hat, wieder intensiver auf dem Rentenmarkt zu intervenieren.

## Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Millionen DM)

	Jahr	1979	1980		
		1. Hj.	3. Vj.	1. Hj.	3. Vj.
Anleihen der öffentlichen Hand	6011	1262	3492	8594	–3458
Kommunalobligationen	15196	10947	2874	13305	4295
Sonstige Bankschuldverschreibungen	21155	9988	4015	11688	2487
Industrieobligationen	–1116	– 421	– 203	– 64	– 249
Ausländische Rentenwerte	3726	867	482	4216	1625

Absatz = Erwerb insgesamt	44 972	22 643	10 660	37 155	4 166
darunter: Kreditinstitute	3 740	2 062	–1 281	6 488	3 982
Inländische Nichtbanken	39 301	21 460	10 032	30 631	– 21

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Im 1. Halbjahr wurden Aktien für mehr als 6 Milliarden DM emittiert, fast doppelt soviel wie in demselben Zeitraum des Vorjahres. Trotz dieser positiven Entwicklung des Aktienabsatzes im laufenden Jahr verlieren die Aktien als Finanzierungsmittel immer mehr an Bedeutung. Nach Aussagen der Deutschen Bundesbank war der Anteil der Aktien an den gesamten Finanzierungsmitteln im 1. Halbjahr 1980 auf 4,2 Prozent begrenzt. Wenn man bedenkt, daß im Durchschnitt der siebziger Jahre nur etwas mehr als die Hälfte der Aktien an der Börse notiert war, tritt deutlich zutage, daß die Aktienbörse jegliche gesamtwirtschaftliche Funktion eingebüßt hat.

Wie bereits angedeutet, wies auch der Sekundärmarkt eine große Belebung auf: In den ersten acht Monaten waren die Börsenumsätze von inländischen Rentenwerten und Aktien mit 28,9 Milliarden um 8 Milliarden bzw. mit 19,6 Milliarden um 6 Milliarden höher als in demselben Zeitraum des Vorjahres. Von der lebhaften Tätigkeit auf dem Kapitalmarkt blieben die Kapitalanlagegesellschaften ausgespart: Das Mittelaufkommen bei den inländischen Investmentfonds ist von 6,3 Milliarden 1978 auf 2,3 im Vorjahr gesunken; zwischen Januar und September dieses Jahres wurde sogar ein Nettoverkauf von Investmentanteilen von fast 1 Milliarde registriert.

Zinsen, Renditen und Aktienkurse zeigen in den letzten Monaten eine große Instabilität. Von Jahresanfang bis April sind die Renditen der festverzinslichen Wertpapiere von 8 auf 9,6 Prozent emporgeschellt; das war das Resultat der abbröckelnden Rentenkurse und der sprunghaften Entwicklung der Zinsen für die Neuemissionen: Wurden im Januar über 60 Prozent der Wertpapiere mit einem Zinssatz zwischen 8 und 8,5 Prozent abgesetzt, war der größte Teil (2/3) im April mit einem Zinssatz von 9 bis über 10 Prozent ausgestattet. Bis August stiegen dann die Rentenkurse beträchtlich an und gingen die Zinsen für neu-emittierte Wertpapiere um fast 2 Prozentpunkte zurück. Im September und Oktober ist die Situation wieder umgeschlagen. Auch am Aktienmarkt ist die Erholung der Kurse zwischen Mai und August wieder gefährdet.

## Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrentkredite <sup>1</sup>	Renditen von Anleihen der öffentlichen Hand	Index der Aktienkurse <sup>2</sup>
	in %		29. 12. 1972 = 100
1978			
1. Vj.	6,24	5,4	106,5
2. Vj.	6,11	5,4	105,3
3. Vj.	6,13	6,0	110,7
4. Vj.	6,17	6,2	113,0
1979			
1. Vj.	6,25	6,7	111,3
2. Vj.	7,01	7,5	105,1
3. Vj.	8,10	7,6	104,5
4. Vj.	9,14	7,9	101,0
1980			
1. Vj.	10,04	8,7	99,7
2. Vj.	11,29	8,8	97,8
3. Vj.	11,53	7,9	101,5

1 Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM

2 Statistisches Bundesamt

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Angesichts dieser Situation sind die bürgerlichen Kommentatoren ratlos und machen in kurzen Abständen die widersprüchlichsten Aussagen. Symptomatisch dafür sind die Kommentare der „Finanzexperten“ der „Zeit“ vom August dieses Jahres. Anfang des Monats klangen die Meldungen über den Rentenmarkt sehr zuversichtlich: „Seit Ende März sind die Renditen für Anleihen und Pfandbriefe mit zehnjährigen Laufzeiten von zehn auf unter acht Prozent gesunken. Ohne ihre Restriktionspolitik grundsätzlich zu lockern, übt die Bundesbank jetzt auch Druck auf die Zinsen für kürzerfristige Anlagen aus. Höchste Zeit also für den Erwerb festverzinslicher Papiere“ („Die Zeit“, Nr. 32, 1. 8.

1980, S. 23). Ende des Monats war der Tenor des Kommentars ganz anders: „In den letzten Tagen sind auf dem Rentenmarkt die Renditen wieder leicht gestiegen. Damit ist die Zinssenkung zum Stillstand gekommen. Erwartungen, die darauf gerichtet waren, die neue Postanleihe mit einem Zinssatz von 7,5 Prozent ausstatten zu können, haben sich als verfrüht erwiesen“ („Die Zeit“, Nr. 36, 29. 8. 1980, S. 22).

Ähnlich widersprüchlich fällt die Beurteilung des Aktienmarktes aus: „Obwohl die Zinssenkung Fortschritte macht, hat der Aktienmarkt in den letzten Tagen davon kaum profitiert. Die Aktien der Banken, die als Hauptnutznieser des billigeren Geldes gelten, tendierten sogar ausgesprochen schwach“ („Die Zeit“, Nr. 32, 1. 8. 1980, S. 23). Knapp einen Monat später hieß es: „Da möglicherweise eine Periode der Zinsstagnation bevorsteht, gewinnen zwangsläufig die konjunkturellen Daten ein stärkeres Gewicht auf die Kursbildung. Und das muß zwangsläufig zu einem Überdenken der gegenwärtigen Börsensituation führen. Denn fast jede Gesellschaft berichtet von einer Abschwächung des Umsatzwachstums. Eine Branche nach der anderen meldet konjunkturelle Ermüdungserscheinungen. Das ist kein Klima für festere Börsenkurse.“ Als ob die Börse die Konjunktur widerspiegeln würde! Obwohl das Jahr 1979 eines der günstigsten der siebziger Jahre war, was die Produktions- und Profitentwicklung anbetrifft, gingen die Aktienkurse um mehr als zehn Prozent zurück.

## 1.5 Investitionen

Die Investitionstätigkeit verlief auch im ersten Halbjahr 1980 noch lebhaft, obwohl die Auslastung der Kapazitäten bereits rückläufig war.

## Investitionen der Gesamtwirtschaft<sup>1</sup>

	1. Hj. 1979	2. Hj. 1979	1. Hj. 1980	2. Hj. 1980 <sup>2</sup>
Anlageinvestitionen	+ 7,4	+ 9,7	+ 7,5	+ 0,5
darunter: Ausrüstungen	+ 10,6	+ 8,6	+ 5,3	+ 2,5
Bauten	+ 5,0	+ 10,6	+ 9,2	– 0,5

1 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr, real

2 Schätzung des Herbstgutachtens

(Quelle: Wirtschaft und Statistik 9/80; DIW-Wochenbericht 44–45/80)

Allerdings zeichnet sich schon für das zweite Halbjahr der Übergang in die Stagnation ab. Das „Herbstgutachten“ erwartet nur für das erste Halbjahr 1981 einen leichten Investitionsrückgang, der schon Mitte des kommenden Jahres beendet sein soll.

Ähnlich sind die Ergebnisse der Unternehmensbefragungen des Ifo-Instituts, die regelmäßig im März und im September durchgeführt werden.

## Investitionen der Industrie<sup>1</sup>

	1979	1980 <sup>2</sup>	1981 <sup>2</sup>
Insgesamt	+ 10	+ 9	0
Grundstoffe	+ 9	+ 10	– 4
Investitionsgüter	+ 16	+ 12	+ 3
Verbrauchsgüter	+ 6	– 2	– 6

1 Septemberergebnisse, Bergbau und verarbeitendes Gewerbe, Veränderung in %

in festen Preisen

2 Planungen

(Quelle: Ifo-Schnelldienst 31/80)

Die Verbrauchsgüterindustrien haben also schon 1980 ihre Investitionen eingeschränkt, während die meisten vorgelagerten Bereiche weiter kräftig expandiert haben.

Demnach werden auch die industriellen Investitionen 1981 nur stagnieren, wobei vor allem die Investitionen im Bergbau und in der Luft- und Raumfahrtindustrie kräftig expandieren, während die übrigen Bereiche meist rückläufig sind.

Bei den Investitionszielen überwiegt weiterhin die Rationalisierung.



Zielsetzung der Investitionen<sup>1</sup>

	1979	1980	1981
Kapazitäts- erweiterung	20	24	34
Rationalisierung	44	45	41
Ersatzbeschaffung	36	31	25

<sup>1</sup> Septemberbefragung, Hauptziele in Prozent  
(Quelle: Ifo-Schnelldienst 31/80)

Völlig widersinnig erscheint der plötzliche Anstieg der Erweiterungsinvestitionen in den Investitionsplänen. Denn der Auslastungsgrad der Kapazitäten in der Industrie ist seit dem Frühjahr rapide gefallen und lag im September mit knapp 80,5 Prozent um 5,5 Punkte unter dem Wert vom März 1980 und um vier Punkte unter dem Vorjahresstand. Teilweise mag das damit zusammenhängen, daß die Krise zunächst in verbrauchsnahen Bereichen eingesetzt hat, dort ist der Anteil der Erweiterungsinvestitionen in den Plänen für 1981 auch wieder zurückgegangen. Vor allem in den Investitionsgüter- und Grundstoffbereichen wirken sich die Krisenerscheinungen erst mit einer Zeitverzögerung auf die Investitionsplanungen aus. Daher ist es auch durchaus wahrscheinlich, daß im Rahmen der notwendig werdenden Korrekturen bei den Erweiterungsplänen nach unten auch die gesamte Investitionstätigkeit – entgegen den Annahmen des Ifo-Instituts – reduziert wird.

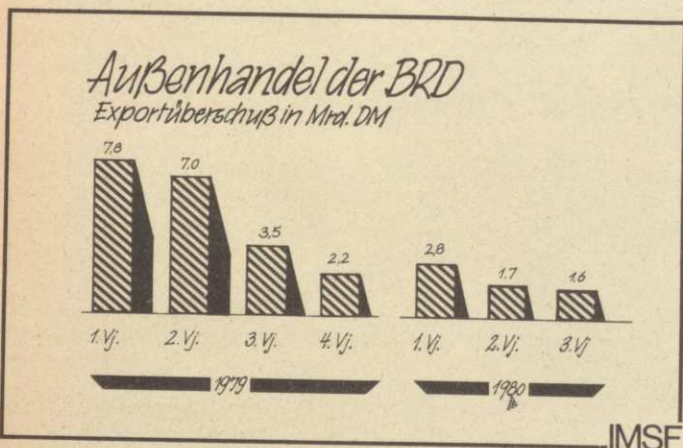
## 1.6 Außenwirtschaft

In den ersten drei Vierteljahren von 1980 hat sich der Export noch vergleichsweise günstig entwickelt. Nominal hat er um 13 Prozent zugenommen, real immerhin noch um sechs Prozent. Allerdings wurde der Überschuß im Außenhandel drastisch reduziert – von mehr als 18 Milliarden DM 1979 auf etwa sechs Milliarden DM 1980. Immerhin ist anzumerken, daß die BRD damit das einzige große kapitalistische Industrieland ist, das überhaupt noch einen Außenhandelsüberschuß erzielt.

## Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	in Mrd. DM	% <sup>1</sup>	in Mrd. DM	% <sup>1</sup>	in Mrd. DM	% <sup>1</sup>
1. Vj. 79	74,4	+ 10,5	66,5	+ 13,5	+ 7,8	- 10,3
2. Vj. 79	78,6	+ 9,2	71,6	+ 15,8	+ 7,0	- 31,4
3. Vj. 79	76,4	+ 12,0	72,9	+ 24,4	+ 3,5	- 63,2
4. Vj. 79	85,2	+ 10,5	83,0	+ 27,9	+ 2,2	- 82,0
1. Vj. 80	88,9	+ 19,5	86,1	+ 29,5	+ 2,8	- 64,1
2. Vj. 80	87,5	+ 11,3	85,8	+ 19,8	+ 1,7	- 75,7
3. Vj. 80	82,9	+ 8,5	81,3	+ 11,5	+ 1,6	- 54,3

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)



Für den weiteren Jahresverlauf zeigt die Entwicklung der Auslandsaufträge jedoch, daß es zu einer deutlichen Verlangsamung im Außenhandel kommen wird. Der Welthandel, der 1979 noch um real sechs Prozent expandiert hatte, wird daher 1980 voraussichtlich nur noch um zwei Prozent zunehmen, wobei für das zweite Halbjahr eine Stagnation wahrscheinlich ist. Auch 1981 ist nur eine leichte Zunahme um ein Prozent zu erwarten.

Inzwischen hat die Krise alle bedeutenden kapitalistischen Länder erreicht. In Italien ist es zu einem steilen Produktionseinbruch gekom-

men, und selbst in Japan geht die Industrieproduktion – saisonbereinigt – zurück. In Großbritannien vertieft sich die bereits ein Jahr anhaltende Krise immer mehr, allgemein wird noch mit einem weiteren Jahr der Rezession gerechnet. Nur in den USA, wo die Krise auch relativ früh eingesetzt hatte, deuten verschiedene Anzeichen darauf hin, daß der Tiefpunkt bereits im Herbst erreicht wurde, Industrieproduktion und industrielle Aufträge haben sich wieder etwas belebt. Allerdings herrscht unter den amerikanischen Konjunkturforschern Uneinigkeit, ob es sich dabei nur um eine kurze „Pause“ im Abwärtstrend handelt, oder ob schon die Wende zur konjunkturellen Belebung erreicht ist. Erstere Position wird vor allem mit dem hohen und inzwischen wieder steigenden Zinsniveau begründet, das die privaten Investitionen, die Bautätigkeit und die in den USA verbreitete Konsumentenverschuldung verteuert und bremst. Optimismus verbreitete der Wahlsieg des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Reagan unter den Besitzern von Kapital.

Die Börsenkurse amerikanischer Werte, besonders Rüstungswerte, vollführten Freudensprünge, allgemein wird von Reagan eine radikale Wirtschaftspolitik der Umverteilung zugunsten der Gewinne auf Kosten der Löhne und des in den USA ohnehin schlechten Sozialsystems erwartet. Schon jetzt zeichnen sich die Konturen einer massiven „Rotstiftpolitik“ im sozialen Bereich ab. Bei aller Euphorie des großen Kapitals über den neuen Präsidenten darf nicht übersehen werden, daß eine solche Politik – vorgeführt vor allem durch Margaret Thatcher in Großbritannien – geeignet ist, aktuelle Krisenerscheinungen zu verstärken und erste schwache Belebungsmomente wieder abzuwürgen.

Insgesamt vollzieht sich auch diese zyklische Krise international wieder weitgehend synchron, so daß der „Ausweg“ in den Export – auch Japan spürt das inzwischen – für die einzelnen Länder nur noch sehr eingeschränkt gangbar ist.

Während die Handelsbilanz der Bundesrepublik immerhin noch positiv ist, geriet die Leistungsbilanz schon Mitte 1979 ins Defizit. Für 1980 wird ein Fehlbetrag in Höhe von fast 30 Milliarden DM erwartet.

Die Leistungsbilanz ist im wesentlichen eine Zusammenfassung von Handelsbilanz, Dienstleistungsbilanz und Übertragungsbilanz.

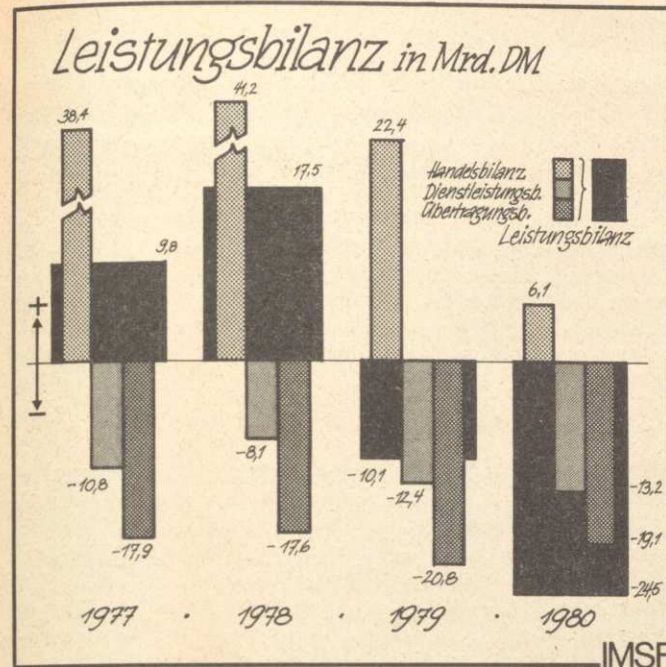
Leistungsbilanz<sup>1</sup>

	Handels- bilanz	Dienstleistungs- bilanz	Übertragungs- bilanz	Leistungs- bilanz
1971	+ 15,9	- 1,8	- 11,5	+ 2,9
1972	+ 20,3	- 3,1	- 14,0	+ 2,6
1973	+ 33,0	- 5,0	- 15,6	+ 12,3
1974	+ 50,8	- 7,0	- 16,1	+ 26,6
1975	+ 37,3	- 8,3	- 17,9	+ 9,9
1976	+ 34,5	- 6,6	- 18,1	+ 9,7
1977	+ 38,4	- 10,8	- 17,9	+ 9,8
1978	+ 41,2	- 8,1	- 17,6	+ 17,5
1979	+ 22,4	- 12,4	- 20,8	- 10,1
1980 <sup>2</sup>	+ 6,1	- 13,2	- 19,1	- 24,5

<sup>1</sup> Mrd. DM  
<sup>2</sup> 9 Monate  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Die Dienstleistungs- und Übertragungsbilanzen sind in der BRD traditionell defizitär. Das Defizit in der Dienstleistungsbilanz wird wesentlich von den Touristenausgaben im Ausland verursacht, das Defizit der Übertragungsbilanz von den Überweisungen ausländischer Arbeiter in ihre Heimat und den Zahlungen der Bundesrepublik an internationale Organisationen, vor allem an die EG.

Der Hauptgrund für das Leistungsbilanzdefizit ist also in der Entwicklung des Außenhandels zu suchen. Der Überschuß dort reicht nicht mehr aus, um die Defizite der beiden anderen Bilanzen zu decken. Die entscheidende Ursache für die Verringerung des Handelsbilanzüberschusses ist in der Entwicklung der Rohstoffpreise, vor allem der Rohölpreise zu suchen. Während in preisbereinigter Betrachtung Export und Import etwa in gleichem Tempo zugenommen haben, sind die Importpreise 1979 und 1980 wesentlich rascher gestiegen als die Exportpreise, d. h. die Austauschverhältnisse, die „Terms of trade“ der Bundesrepublik haben sich verschlechtert.

Terms of Trade der Bundesrepublik<sup>1</sup>

	1976	1977	1978	1979	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
	100	99,1	102,7	96,4	89,4	90,1	89,6	89,8	89,6	91,0	91,2	91,4

<sup>1</sup> Index 1976 = 100  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Iff.)

Für das kommende Jahr wird allgemein wieder eine Vergrößerung des Überschusses beim Außenhandel und eine Verringerung des Fehlbetrags in der Leistungsbilanz erwartet. Dies ist insofern begründet, als die Importpreise nur noch langsam ansteigen und die „Terms of Trade“ sich in den letzten Monaten wieder etwas gebessert haben. Allerdings ist in absehbarer Zeit nicht damit zu rechnen, daß die alten Verhältnisse im Außenhandel wiederhergestellt werden. Ganz sicher wird es den kapitalistischen Industrieländern nicht gelingen, die Erfolge der Entwicklungsländer in der Veränderung der Preisstruktur zugunsten der Rohstoffpreise wieder zunichte zu machen.

Die Aufwertung der DM hat in den siebziger Jahren zwar einen erheblichen Teil der Rohstoffpreiserhöhungen aufgefangen, trotzdem muß davon ausgegangen werden, daß auch für die Bundesrepublik die Gestaltung der Terms of Trade in den nächsten Jahren weniger günstig sein wird als in den sechziger und teilweise auch noch den siebziger Jahren. Hinzu kommt, daß die Absatzverhältnisse auf den Weltmärkten enger geworden sind. Es dürfte daher kaum möglich sein, die höheren Importausgaben durch eine mengenmäßige Expansion des Exports auszugleichen, eine bis 1975 zumindest noch teilweise erfolgreiche Strategie. Die staatliche Wirtschaftspolitik versucht dies trotzdem durch Druck auf den „Kostenfaktor“ Löhne und durch steuerliche Entlastungen der Unternehmer auf Kosten der Sozialleistungen zu erreichen bei gleichzeitig forciertem Strukturwandel zugunsten der exportintensiven, technologisch hochentwickelten Bereiche. Nun führt ein dauerhaftes Defizit in der Leistungsbilanz in der Tendenz zu einem Verlust von Devisen, der, wenn der Abstrom anhält, den Manövrierspielraum der Notenbank empfindlich einschränken kann. Für die Bundesrepublik mit ihren hohen Devisenreserven ist dies aktuell noch kein Problem, trotzdem ist das Gespenst der Devisenknappheit als Folge der defizitären Leistungsbilanz von offiziellen Stellen ausführlich beschworen worden. Vor allem die Hochzinspolitik der Bundesbank wird damit begründet. Die Bundesbank ist bemüht, durch hohe Zinsen internationales Leihkapital anzulocken. Ein Defizit in der Leistungsbilanz kann nämlich in seinen Auswirkungen auf die Devisenreserven durch entsprechenden Kapitalimport neutralisiert werden. Allerdings soll durch den Leihkapitalimport nicht nur ein Devisenabfluß verhindert werden, es soll auch die Weiterführung und Verstärkung des Expansionskurses der westdeutschen Konzerne gesichert werden.

Betrachtet man den langfristigen Kapitalexport, so ist die Bundesrepublik auf dem Felde der Direktinvestitionen in den letzten Jahren zum Kapitalexportland geworden. Nicht nur das Defizit in der Leistungsbi-

lanz, sondern auch der Export von Direktinvestitionen führt zu Devisenabflüssen. Allein im ersten Halbjahr 1980 wurden 4,8 Milliarden DM in Form von Direktinvestitionen exportiert. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik übertrafen die bundesdeutschen Kapitalanlagen im Ausland die ausländischen Kapitalbestände im Inland. Den Konzernstrategien der Internationalisierung, der Eroberung ausländischer Märkte durch Kapitalexport, droht nun von der Devisenseite her Schwierigkeiten.

In diesem Zusammenhang muß auch auf eine Erscheinung im Währungssystem eingegangen werden, die in den letzten Monaten stark diskutiert wurde. War die DM bisher eine ständigem Aufwertungsdruck unterliegende Währung, während der Dollar ebenso ständig an Wert verlor, so haben sich die Verhältnisse nun plötzlich umgekehrt.

Dollarkurse in DM 1980<sup>1</sup>

	Ein Dollar kostete
Januar	1,72 DM
Februar	1,75 DM
März	1,85 DM
April	1,87 DM
Mai	1,79 DM
Juni	1,77 DM
Juli	1,75 DM
August	1,79 DM
September	1,79 DM
Oktober	1,84 DM
November <sup>2</sup>	1,95 DM

<sup>1</sup> Durchschnitte der amtlichen Devisenkurse an der Frankfurter Börse  
<sup>2</sup> Am 7. 11. 1980  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Auch gegenüber den meisten europäischen Währungen geriet die DM ins Hintertreffen, vor allem das Englische Pfund und der Schweizer Franken stiegen im Kurs, die französische Notenbank griff zeitweilig stabilisierend ein. Diese Entwicklung verursachte in der Wirtschaftspresse erhebliche Verwirrung. Denn bisher war man immer davon ausgegangen, daß eine niedrige Inflationsrate – im internationalen Vergleich – einen stabilen Außenwert der Währung sichert. Dabei wurde übersehen, daß dieser Zusammenhang keineswegs immer funktioniert hat (vgl. „Informationen...“ 1/80).

Die Hauptursache für die zeitweilige Abwertung der DM dürfte das internationale Zinsgefälle sein. In den USA und in Großbritannien sind die Zinsen bedeutend höher als in der BRD, so daß zumindest kurzfristiges Geldkapital angelockt wird. Dadurch kommt es zu einer „Flucht“ aus der DM, der DM-Kurs sinkt. Dieses internationale Zinsgefälle ist allerdings keine neue Erscheinung. Es hat jedoch früher zu keiner entsprechenden „Fluchtbewegung“ geführt, weil Dollar und Pfund abwertungsverdächtig waren, der mögliche Zinsgewinn für das anlagensuchende Kapital also durch den Kursverlust wieder vernichtet worden wäre.

Dies wird vom Geldkapital gegenwärtig nicht befürchtet, d. h. die Spekulation setzt zur Zeit nicht auf eine weitere Abwertung des Dollar. Diese Umkehr der spekulativen Erwartungen erklärt sich vor dem allgemeinen Hintergrund einer Situation, in der die außenwirtschaftlich orientierte Strategie der Bundesrepublik an gewisse Grenzen gestoßen ist, was am deutlichsten in der Umkehr der Leistungsbilanz zum Ausdruck kommt. Nur insofern kann das Leistungsbilanzdefizit als Mitursache der zeitweiligen DM-Abwertung betrachtet werden. Daher ist auch damit zu rechnen, daß die Abwertung der DM eine vorübergehende Erscheinung bleibt. Denn im Kern haben sich die ökonomischen Kräfteverhältnisse im imperialistischen Lager keineswegs wesentlich zuungunsten der BRD verschoben.

Ähnlich wie in den vorangegangenen Jahren die Aufwertung wird nun die zeitweilige Abwertung der DM als „gesamtwirtschaftliche“ Begründung für lohnpolitische Maßhaltappelle genutzt. Damals hieß es, die starke DM gefährde den Export und mache niedrige Lohnkosten notwendig. Heute wird die Verteuerung des Imports in den Mittelpunkt gestellt. Deutlich wird, mit welcher Beliebigkeit hier argumentiert wird: Tatsächlich geht es nicht um „volkswirtschaftliche Zusammenhänge“, sondern um Interessen.



## 2 Unternehmergewinne und Konzentration

### 2.1 Unternehmergewinne

Die Unternehmergewinne in der Bundesrepublik sind bis in die Frühphase der neuen zyklischen Krise hinein deutlich angestiegen. Die ursprünglichen Gewinnschätzungen für das erste Halbjahr 1980 haben sich sogar noch als zu vorsichtig erwiesen.

Unternehmergewinne<sup>1</sup>

	1979	1. Hj. 80	2. Hj. 80 <sup>2</sup>	1. Hj. 81 <sup>2</sup>	2. Hj. 81 <sup>2</sup>
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 10,3	+ 6,3	+ 3,5	+ 0,5	+ 6,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 12,0	+ 8,7	+ 4,5	- 0,5	+ 6,5

<sup>1</sup> Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Schätzung des Herbstgutachtens  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/80; DIW-Wochenbericht 44-45/80)

Selbst im zweiten Halbjahr 1980 wird es demnach – trotz Krise – zu keinem Gewinnrückgang in der Gesamtwirtschaft kommen.

Was die Unternehmergewinne im engeren Sinne betrifft, so sind die Erwartungen widersprüchlich. Die Düsseldorfer Industriekreditbank rechnet nicht damit, daß die „Gewinnmargen“ im laufenden Jahr zurückgehen, d. h. sie erwartet einen weiteren Anstieg der Gewinne. Sie stützt sich dabei auf eine Untersuchung der Situation von 600 Unternehmen aus der verarbeitenden Industrie. Demnach ist das Betriebsergebnis (es enthält Zinsen und Steuern neben dem eigentlichen Gewinn) 1979 um 25,5 Prozent gestiegen, doppelt so schnell wie die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“.

Dagegen erwartet die „Deutsche Gesellschaft für Anlageberatung“ (Degab) für 1980 nur noch stagnierende Gewinne, wobei sie sich auf die Analyse der Börsendaten von 96 großen Gesellschaften stützt. Ähnlich hat die Frankfurter BHF-Bank, die alle drei Monate die Gewinnaussichten der Standardwerte der westdeutschen Aktienmärkte untersucht, zuletzt ihre Gewinnschätzungen für 1980 nach unten korrigiert. Dies darf allerdings nicht überbewertet werden: Die letzte Gewinnschätzung vom Juli 1980 hatte die Erwartungen überwiegend nach oben korrigiert.

Insgesamt ist aus konjunkturellen Gründen für die nächste Zeit mit einer deutlichen Verlangsamung des Gewinnanstiegs zu rechnen. Dies wird sicher als Argument für eine angeblich notwendige Lohnzurückhaltung genutzt werden. Dem ist entgegenzuhalten, daß der in einer Krise anfangs immer zu beobachtende Anstieg der Lohnkosten je Produkteinheit und der Rückgang der Gewinnmarge allein eine Folge des Absatz- und Produktionsrückgangs ist und nicht etwa ein Ergebnis zu starker Lohnerhöhungen. Das Absinken der Kapazitätsauslastung und der damit verbundene Rückgang der Kapitalrendite kann aber durch eine Lohnkürzung keinesfalls verhindert werden. Dies würde zunächst im Gegenteil zu einer weiteren Absatzverschlechterung führen und die Krisenspirale weiter antreiben. Für die einzelnen Unternehmen ist die Lohnkürzung und der Abbau der Arbeitsplätze in der Krise allerdings der einzige Weg zur Verteidigung der Profite, die Konkurrenz untereinander treibt sie dabei an. Daß dadurch gesamtwirtschaftlich die Krise zunächst verlängert und vertieft wird, liegt bis zu einem gewissen Grade auch im Interesse der großen Konzerne. Sie können die Situation nutzen, um ihre Position längerfristig auf Kosten der Arbeiter und Angestellten auszubauen. Gleichzeitig brechen zahlreiche kleinere und mittlere Unternehmen zusammen oder sind gezwungen, sich bei großen Gesellschaften „anzulehnen“. Dies schafft den großen Konzernen wieder neuen Spielraum, sie verstärken ihrer Marktposition und gehen aus der Krise trotz zeitweilig möglicher Gewinneinbußen insgesamt gesundet hervor.

### 2.2 Konzentration

Trotz der seit 1976 sehr günstigen Gewinnsituation ist das Niveau der Unternehmenszusammenbrüche (Insolvenzen) auch in der Auf-

schwungsperiode der Konjunktur sehr hoch geblieben, nur 1978 und 1979 sind die Ziffern etwas gesunken. Seit dem Frühjahr 1980 aber steigen die Zahlen wieder an. Zwischen Januar und August 1980 wurden etwa 6000 Insolvenzen registriert, gut sechs Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit.

Während die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche auch in der Konjunktur hoch blieb, haben die Unternehmensfusionen in den letzten Jahren zahlenmäßig weiter zugenommen. Eine Untersuchung der Monopolkommission, die die Entwicklung bis 1977/78 verfolgt hat, belegt nun, in welchem Maße die Unternehmenskonzentration gewachsen ist.

Unternehmenskonzentration<sup>1</sup>

	1954	1960	1970	1977
Bergbau	34,6	42,0	89,9	93,9
EDV-Industrie	—	—	85,7	90,2
Straßenfahrzeugbau	58,6	67,0	77,8	81,1
Eisenschaffende Industrie	51,6	57,8	66,1	71,8
Elektrotechnik	37,8	38,4	44,3	47,8
Chemische Industrie	37,5	40,6	43,5	47,3
Maschinenbau	14,6	13,4	15,6	17,5
Textilgewerbe	7,1	7,2	9,7	9,7
Mittelwert aller Industriezweige <sup>2</sup>	31,1	33,5	40,9	43,7

<sup>1</sup> Anteil der 10 größten Unternehmen am Umsatz ihrer Branche in Prozent  
<sup>2</sup> Ungewogener Mittelwert  
(Quelle: Monopolkommission, Hauptgutachten 1978/79, S. 258 f.)

In der Tabelle wurden nur die wichtigsten Industriezweige aufgezählt. Die errechneten Konzentrationsgrade geben zwar die allgemeine Tendenz wieder, sagen aber nicht unbedingt etwas über die Marktmacht der beteiligten Konzerne aus. Denn einmal ist die Abgrenzung der Branchen viel zu grob. So mag es in einer Branche mehrere große Unternehmen geben, die sich aber jeweils auf einen Einzelmarkt (z. B. bei der chemischen Industrie: Farben, Chemiefasern, Düngemittel, Arzneimittel usw.) spezialisiert haben und diesen allein beherrschen.

Zum anderen sind auch niedrige Konzentrationsgrade wie z. B. im Maschinenbau und in der Textilindustrie nicht unbedingt ein Anzeichen für „freie Konkurrenz“. Denn oft existieren auf solchen Märkten wenige große und sehr viel kleine Unternehmen. Die großen Unternehmen können wegen ihrer Kapitalkraft dann die Rolle des „Marktführers“ spielen und die Preise bestimmen, obwohl sie insgesamt nur relativ geringe Marktanteile direkt kontrollieren.

Neben der Messung des Konzentrationsgrades innerhalb der einzelnen Branchen widmet sich die Monopolkommission intensiv der Untersuchung der 100 größten Unternehmen der Bundesrepublik.

Anteil der „100 Größten“ am Umsatz der Gesamtwirtschaft

	Umsatz in Milliarden DM	Anteil in %
1972	327	21,68
1974	456	24,62
1976	510	24,43
1978	564	24,24

(Quelle: Monopolkommission, Hauptgutachten 1978/79, S. 68)

Seit 1974 stagniert der Umsatzanteil der „100 Größten“. Das ist allerdings nicht als Verminderung des Konzentrationsdrucks zu interpretieren. Vor allem die großen Gesellschaften haben in den letzten Jahren ihre Expansionskraft auf den Ausbau ausländischer Tochtergesellschaften, auf die Internationalisierung gerichtet. Da die Umsätze der Auslandstöchter aber nicht erfaßt sind, spiegelt sich die Verstärkung der Umsatzposition der Großunternehmen in der Inlandsstatistik nicht entsprechend wider.

Erwähnt werden soll aus der Gesamtheit der interessanten Untersuchungen der Monopolkommission noch der Aspekt der personellen Verflechtungen der Großunternehmen untereinander.

Personelle Verflechtungen der „100 Größten“

Verflechtung auf Vorstandsebene Unternehmen	Verflechtungsfälle	Verflechtung auf Aufsichtsratsebene Unternehmen	Verflechtungsfälle
28	1 bis 3	29	1 bis 5
8	4 bis 6	19	6 bis 10
4	7 bis 10	12	11 bis 15
		13	16 bis 20
		9	21 bis 25

40 insgesamt 82 insgesamt

(Quelle: Monopolkommission, Hauptgutachten 1978/79, S. 113)

Die Untersuchung unterscheidet zwischen Verflechtungsfällen auf Vorstandsebene (Vorstandsmitglieder einer Gesellschaft sind gleichzeitig Aufsichtsratsmitglieder einer oder mehrerer anderer Gesellschaften) und auf Aufsichtsratsebene (ein Aufsichtsratsmitglied eines Unternehmens ist gleichzeitig auch im Aufsichtsrat anderer Unternehmen). Danach sind von den befragten Großunternehmen (dabei gaben nur 90 Auskunft) 40 mit Vorstandsmitgliedern in den Aufsichtsräten anderer Großunternehmen vertreten. Noch weiter verbreitet waren mit ihren Aufsichtsratsmitgliedern gleichzeitig in den Aufsichtsräten anderer Unternehmen aus dem Kreis der „100 Größten“ repräsentiert. Dabei gibt es einzelne Unternehmen, bei denen Beziehungen gleichzeitig mit bis zu 25 anderen Großunternehmen bestehen. Auch im Kreis der 100 größten Unternehmen gibt es also zahlreiche Querverbindungen, die die einzelnen Konzerne miteinander verknüpfen.

## 3 Lage der Arbeiterklasse

### 3.1 Löhne und Gehälter

Das Niveau der Tariflöhne – und -gehälter lag in den letzten Monaten etwa um sieben Prozent über dem Vorjahresstand. Die Entwicklung der effektiven (nicht der realen!) Einkommen hat sich im ersten Halbjahr 1980 demgegenüber günstiger entwickelt, es war zunächst eine erhebliche positive Lohndrift (Differenz zwischen Anstieg der tariflichen und der effektiven Einkommen) zu verzeichnen. Diese hat sich im Jahresverlauf deutlich abgeschwächt und dürfte im zweiten Halbjahr – zumindest bei den Arbeitern – negativ geworden sein.

Lohndrift<sup>1</sup>

	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj. 1980	2. Vj.
Arbeiter	- 0,9	0,0	+ 1,5	+ 3,3	+ 5,0	+ 0,6
Angestellte	+ 1,0	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,5

<sup>1</sup> Anstieg der effektiven Verdienste abzüglich des Anstiegs der tariflichen Verdienste  
(Quelle: DIW-Wochenbericht 40/80)

Die Hauptursache der Lohndrift ist die Veränderung der bezahlten Arbeitsstunden. Daher spiegelt sich in ihrer Entwicklung sehr stark der konjunkturelle Einfluß wider. In Aufschwungsperioden nimmt die Zahl der Überstunden zu, in Krisenzeiten werden Überstunden abgebaut, nimmt die Kurzarbeit zu.

Die im vorigen Vierteljahresbericht aufgrund geschätzter Zahlen errechnete Reallohnentwicklung für das erste Halbjahr 1980 hat sich auch nach den amtlichen Ergebnissen bestätigt.

Die realen Arbeitseinkommen – Nettolöhne je Beschäftigte, bereinigt um den Anstieg der Lebenshaltungskosten – dürfte im laufenden Jahr also etwas niedriger als im Vorjahr gelegen haben.

Die bevorstehenden Tarifrunden – wie auch 1980, werden die ganz überwiegende Mehrheit der Tarifabschlüsse im ersten Halbjahr liegen – wurden propagandistisch von Unternehmern, Instituten und Bundesregierung außergewöhnlich frühzeitig vorbereitet. Lagen die Abschlüsse 1980 bei durchschnittlichen Erhöhungen von 6,8 Prozent, so

werden für das kommende Jahr deutlich niedrigere Abschlüsse angestrebt. Ein Teil der Institute – das Kieler Institut für Weltwirtschaft und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung – forderten schon im Oktober Abschlüsse zwischen zwei und drei Prozent. „Beschäftigungspolitisch“ geboten seien sogar noch niedrigere Abschlüsse. Damit gaben sie die lohnpolitische Marschrichtung an, die inzwischen auch die Unternehmer mit ihrer „Lohnformel“ eingeschlagen haben. Die Gewerkschaften sollten sich demnach in ihren Abschlüssen an der Entwicklung der Arbeitsproduktivität orientieren,

Löhne und Gehälter<sup>1</sup>

	1978	1979	1. Hj. 80	2. Hj. 80 <sup>2</sup>	1981 <sup>2</sup>
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+ 6,4	+ 7,4	+ 8,1	+ 7,0	+ 4,0
Nettolohn- und -gehaltssumme	+ 7,5	+ 7,7	+ 6,1	+ 6,0	+ 4,0
Nettolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten	+ 6,3	+ 5,8	+ 4,6	+ 5,0	+ 5,0
Lebenshaltung	+ 2,7	+ 4,1	+ 5,7	+ 5,3 <sup>3</sup>	+ 4,0
Reallöhne	+ 3,6	+ 1,7	- 1,1	- 0,3	+ 1,0

<sup>1</sup> Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Schätzung des Herbstgutachtens  
<sup>3</sup> Schätzung auf Basis von vier Monatsergebnissen  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/80; DIW-Wochenbericht 44-45/80)

Preiserhöhungen, Steuerprogression und höhere Sozialbeiträge sollten ausgeklammert bleiben. Das „Herbstgutachten“ der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute (an dem auch die vorgenannten Institute beteiligt waren) ist etwas realistischer, es rechnet mit Tarifabschlüssen um fünf Prozent. Die leichte Entlastung durch die für 1981 beschlossenen Maßnahmen bei der Lohn- und Einkommensteuer und die höhere Belastung durch steigende Sozialabgaben halten sich demnach die Waage, so daß das Gutachten eine Erhöhung der Nettoeinkommen pro Beschäftigten ebenfalls mit fünf Prozent annimmt. Ausgehend von einer sehr optimistisch angenommenen Inflationsrate (+ 4 Prozent) kommt die Prognose zu Realloohnerhöhungen um ein Prozent, während der Anstieg der Arbeitsproduktivität auf 2,5 Prozent geschätzt wird. Also auch nach dieser Rechnung soll sich der Umverteilungsprozeß zugunsten der Unternehmer fortsetzen.

Einschränkend muß angemerkt werden, daß die nach Fertigstellung des Herbstgutachtens bekanntgewordenen Beschlüsse hinsichtlich administrativer Preiserhöhungen die Inflationsrate 1981 deutlich über vier Prozent hinaustreiben dürften, d. h. auch bei Abschlüssen um fünf Prozent wäre eine Realloohnerhöhung keineswegs gesichert.

### 3.2 Steuern

Die Belastung der Löhne und Gehälter durch die Lohnsteuer ist 1980 wieder kräftig gestiegen. Im Jahresdurchschnitt müssen 16 Prozent der Bruttobezüge als Lohnsteuer abgeführt werden, 14 Prozent als Sozialabgaben, so daß ein Lohn- und-Gehaltsempfänger im Schnitt auf 30 Prozent seines Arbeitseinkommens „verzichten“ muß.

Um die Entwicklung der Lohnsteuerprogression zu verlangsamen, werden in kurzen Abständen „Reformen“ durchgeführt, die zu einer kurzfristigen Entlastung führen. Auch für 1981 ist eine solche „Reform“ geplant. Schon für das Jahresende 1980 ist eine Erhöhung des Weihnachtserfreibetrags um 200 DM beschlossen.

Eine genaue Untersuchung der für 1981 beschlossenen Maßnahmen macht allerdings deutlich, daß die oben dargestellte Durchschnittsbetrachtung erhebliche Schwächen hat. Nach dem 1981 geltenden Steuertarif beläuft sich die Gesamtentlastung auf 6,3 Milliarden DM. Durchschnittlich „spart“ der Lohn- und Gehaltsempfänger also 300 DM jährlich, d. h., er zahlt weniger Steuern, als er nach dem alten Tarif zahlen mußte.

Differenziert man diese „Ersparnis“ aber nach dem Einkommen, so wird klar, wie sozial ungerecht die „Reform“ ist. Die folgende Tabelle stellt dies dar.



## Steuerentlastung 1981 nach Einkommensgruppen

Jahresbruttoeinkommen von DM... bis DM...	Steuerentlastung in DM	Steuerentlastung in % <sup>1</sup>	Steuermindereinnahmen in Mio.	Steuermindereinnahmen in % <sup>2</sup>
bis 9600	8,—	0,2	29	0,5
9600 — 12000	31,—	0,3	24	0,4
12000 — 16000	53,—	0,4	75	1,2
16000 — 20000	53,—	0,3	85	1,4
20000 — 25000	67,—	0,3	139	2,2
25000 — 36000	155,—	0,5	604	9,7
36000 — 50000	281,—	0,7	903	14,4
50000 — 75000	672,—	1,1	1715	27,4
75000 — 100000	1351,—	1,6	1367	21,8
über 100000	2079,—	1,5	1317	21,0
Insgesamt	301,—	0,9	6258	100,0

<sup>1</sup> In % des durchschnittlichen Bruttoeinkommens der betreffenden Einkommensgruppe

<sup>2</sup> In % der gesamten Steuermindereinnahmen  
Quelle: „DIW-Wochenbericht“, 36–37/1980, S. 392

Bei kleinen Jahreseinkommen unter 12 000 DM hat die „Reform“ praktisch keine Wirkung, die Jahresersparnis beläuft sich auf etwa 30,— DM. Bei Einkommen über 100 000 DM aber müssen 2100,— DM weniger Steuern bezahlt werden.

Doch nicht nur der absolute Entlastungsbetrag steigt mit dem Einkommen, auch relativ erhöht sich die Wirkung, je höher der Steuerzahler in der Einkommenspyramide steht. Betrachten wir die Einkommensgruppe 25 000,— bis 36 000,— DM als „Normalverdiener“, so bringt die „Reform“ diesen im Schnitt eine Ersparnis von 155,— DM im Jahr, dies sind etwa 0,5 Prozent des Bruttoeinkommens. Der Spitzenverdiener mit mehr als 100 000,— DM spart 1,5 Prozent seines Einkommens.

Insgesamt „verzichtet“ der Staat mit der Reform auf Einnahmen von 6,3 Milliarden DM. Die Hälfte der Steuerzahler, die mit einem Jahresbruttoeinkommen unter 25 000,— DM, erhält davon knapp sechs Prozent, d. h. etwa 350 Millionen. Nur ein Fünftel der Einkommensbezieher, die mit einem Jahresbruttoeinkommen über 50 000,— DM, erhält dagegen etwa 4,5 Milliarden DM, gut 70 Prozent des gesamten Entlastungsbetrags. Bei der „Reform“ handelt es sich tatsächlich um ein Steuergeschenk an die obersten Einkommensgruppen. Dabei ist diese unsoziale Verteilung der Entlastungswirkungen auch konjunkturpolitisch problematisch. Angekündigt von der alten und neuen Bundesregierung als Beitrag zur Stabilisierung der Massenkaufkraft werden tatsächlich nur die Gruppen mit hoher Sparquote und niedriger Konsumquote begünstigt während die unteren und mittleren Einkommensgruppen, bei denen eine direkte Auswirkung auf die private Nachfrage angenommen werden kann, fast leer ausgehen.

Zusammengefaßt dürften die Maßnahmen für 1981 die Konsumnachfrage eher bremsen als anregen. Denn während die Entlastungswirkungen bei der Lohn- und Einkommensteuer vorwiegend die obersten Einkommen entlasten, wirken die Steuererhöhungen für Mineralöl und Alkohol eher regressiv, d. h. sie belasten die unteren und vor allem die mittleren Einkommensgruppen relativ stärker als die Spitzenverdiener.

Ähnlich wirken die Erhöhungen der Sozialbeiträge, jedenfalls was die Arbeitnehmeranteile betrifft. Der Beitragssatz der Rentenversicherung steigt um 0,5 auf 18,5 Prozent, die Krankenkassen erhöhen die Beitragssätze um durchschnittlich mindestens 0,5 Prozent. Die geringen Entlastungswirkungen bei der Lohnsteuer werden bei der Masse der Arbeiter und Angestellten also bereits durch die Erhöhung der Sozialabgaben ausgeglichen.

## 3.3 Preise

Die Preisentwicklung hat sich in den letzten Monaten etwas verlangsamt.

Dies ist vor allem auf die günstigere Situation bei den Rohstoffen und damit bei den Importpreisen zurückzuführen. Die Preise für Industrie- rohstoffe sind im Sommer 1980 etwas zurückgegangen, eine Folge der beginnenden Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Während die Preisberuhigung auf der Importseite nur vorübergehend durch die zeitweilige Abwertung der DM unterbrochen werden dürfte, kommt auf die Verbraucher eine „hausgemachte“ Preiswelle zu. Eine

## Lebenshaltungsinde 1980<sup>1</sup>

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat		gegenüber dem Vorjahresmonat	
Januar	+ 0,5		+ 5,0	
Februar	+ 1,1		+ 5,6	
März	+ 0,6		+ 5,8	
April	+ 0,6		+ 5,8	
Mai	+ 0,4		+ 6,0	
Juni	+ 0,5		+ 6,0	
Juli	+ 0,2		+ 5,5	
August	+ 0,1		+ 5,5	
September	0,0		+ 5,2	
Oktober	+ 0,2		+ 5,1	

<sup>1</sup> Alle Haushalte  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Iff.)

## Ausgewählte Preisindizes

	Industrie- preise		Landwirtschafts- preise		Import- preise		Großhandels- preise	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	+ 1,6	+ 7,8	− 0,3	+ 5,2	+ 5,9	+ 24,3	+ 1,9	+ 11,0
Februar	+ 0,9	+ 8,0	− 0,1	+ 4,3	+ 1,5	+ 26,6	+ 1,2	+ 11,0
März	+ 0,6	+ 7,8	− 0,1	+ 3,5	+ 1,1	+ 24,1	+ 0,5	+ 9,3
April	+ 1,2	+ 8,4	− 2,1	+ 1,6	+ 1,0	+ 22,1	+ 0,3	+ 8,8
Mai	+ 0,4	+ 8,2	− 0,3	+ 2,4	− 1,5	+ 18,2	+ 0,8	+ 9,0
Juni	+ 0,1	+ 7,8	− 0,7	+ 1,4	+ 0,3	+ 15,6	+ 0,2	+ 8,1
Juli	+ 0,3	+ 7,4	− 0,4	+ 0,7	− 0,2	+ 13,0	+ 0,4	+ 7,8
August	0,0	+ 7,0	− 0,9	+ 0,1	+ 0,1	+ 12,9	− 1,0	+ 6,7
Sept.	+ 0,1	+ 6,7			+ 0,7	+ 13,4	− 0,9	+ 5,2

<sup>1</sup> In Prozent gegenüber dem Vormonat

<sup>2</sup> In Prozent gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Iff.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Fortsetzung der Tendenz zur Preisberuhigung im nächsten Jahr muß daher fraglich erscheinen.

In kurzen Abständen erhöhen die öffentlichen Energieunternehmen ihre Tarife, die Bundesbahn steigert die Fahrpreise um acht Prozent, die beschlossenen Erhöhungen der Mineralöl- und Branntweinsteuer schlagen voll auf die Preise durch, die Tarife der Nahverkehrsunternehmen werden — u. a. als Folge der gestrichenen Mineralölsubventionen — kräftig ansteigen. Auch die kommunalen Gebühren werden überall heraufgesetzt. Die Erleichterung von Mieterhöhungen in Verbindung mit den Einschränkungen im sozialen Wohnungsbau wird das Wohnen dauerhaft verteuern. Auch bei der Bundespost dürften Anhebungen nicht mehr fern sein, nachdem die Bundesregierung die Postablieferungen an den Bundeshaushalt heraufgesetzt hat.

## 3.4 Sozialabbau

Kaum waren die Stimmen der Bundestagswahl ausgezählt, da wurde der Öffentlichkeit ein umfangreiches „Sparprogramm“ vorgelegt, das in seinen sozialen Auswirkungen denen des „Haushaltsstrukturgesetzes“ von 1975 vergleichbar ist (vgl. „Informationen...“ 4/75).

Im folgenden seien die wichtigsten Punkte genannt, wobei die Vorhaben teilweise erst als „Versuchsbalkons“ gemeint sind. Nach dem Motto „drei Schritte vor, einen Schritt zurück“ wird zunächst die Reaktion der Öffentlichkeit getestet. Um einen solchen „Versuchsbalkon“ dürfte es sich z. B. bei der Umstellung der Kfz.-Steuer auf die Mineralölsteuer handeln. Auch die von Bundesfinanzminister Matthöfer geäußerte Absicht, die Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst um drei Monate zu verschieben, diente wohl mehr der allgemeinen Vorbereitung auf die Lohnrunde und sollte ein Klima für „maßvolle“ Abschlüsse bereiten.

### 1. Bundeshaushalt

- Die Gesamtausgaben sollen 1981 um nominal vier Prozent steigen, d. h. real leicht zurückgehen.
- Der Rüstungsetat soll so erhöht werden, daß die realen Aufwendungen mindestens um 1,8 Prozent steigen.

- Bundesfinanzminister Matthöfer lehnt jede zusätzliche Beschäftigungs- oder konjunkturpolitische Ausgabe ab.

### 2. Steuererhöhungen

- Erhöhung der Mineralölsteuer um sieben Pfennig (inklusive Mehrwertsteuer also um 7,9 Pfennig).
- Erhöhung der Branntweinsteuer.

- Erhöhung der Postablieferung von 6,66 auf 11 Prozent der Einnahmen.

- Streichung der Gasölbeihilfen für öffentlichen Personennahverkehr

- Umstellung der Kfz.-Steuer auf die Mineralölsteuer.

### 3. Sozialabgaben

- Erhöhung des Beitrags zur Rentenversicherung um 0,5 Prozent.
- Eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ist offiziell zwar nicht angekündigt aber wahrscheinlich.

- Die Beiträge zur Krankenversicherung steigen um mindestens 0,5 Prozent.

### 4. Gemeinschaftsaufgaben

- Verbesserung der regionalen Infrastruktur.

- Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes.

- Hochschulbau.

- Es ist eine Kürzung um 20 Prozent vorgesehen (Bund und Länder).

### 5. Sparförderung

- Streichung der Sparprämien.

- Senkung der Bausparprämie von 18 auf 14 Prozent.

- Verlängerung von Festlegungsfristen.

### 6. Wohnungsbau

- Vereinfachung des Mieterhöhungsverfahrens.

- „Staffelmieten“, die Mieterhöhungen auch über die „örtlichen Vergleichsmieten“ hinaus erlauben.

- „Fehlbelegungsabgabe“ für Sozialmieter, die die Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus übersteigen.

- Zinserhöhungen für öffentliche Wohnungsbaudarlehen.

- Kürzung des Bundesbeitrags für den sozialen Wohnungsbau um 1,5 Milliarden, Verlagerung der Ausgaben auf die Länderhaushalte.

### 7. Ausbildungsförderung

- Die Leistungen im Rahmen des BAFÖG und der Graduiertenförderung werden 1981 und 1982 eingefroren.

### 8. Rentenversicherung

- Wie beschlossen werden die Renten zum 1. 1. 81 nur um vier Prozent angehoben.

- Die dynamische, bruttolohnbezogene Rente bleibt abgeschafft. In der Koalitionsvereinbarung heißt es: „Nach 1984 wird bei der Anpassung dem Gesichtspunkt der gleichgewichtigen Entwick-

lung der verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer und der Rentner unter Beachtung der finanziellen Stabilität der Rentenversicherung im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen.“

- Wahrscheinlich ist die Einführung des Krankenversicherungsbeitrags für Rentner in Höhe des Arbeitnehmeranteils. Kleine Renten werden ebenfalls herangezogen, die von SPD-Parteitag beschlossene „Sozialkomponente“ ist gestrichen.

- Die Berücksichtigung der nicht berufstätigen Ehefrauen in Form der „Teilhaberrente“ und eines Kindererziehungsjahres wird bis 1985 zurückgestellt.

- Kürzung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung um 3,5 Milliarden DM.

### 9. Öffentlicher Dienst

- Die von Bundesfinanzminister Matthöfer angedrohte Verschiebung der fälligen Lohn- und Gehaltserhöhungen um drei Monate ist zunächst zurückgenommen.

- Vor allem in den Länderhaushalten sind umfangreiche Stellenkürzungen geplant. Besonders der Bildungsbereich ist betroffen.

Der unter großen Propagandaaufwand verkündete „Subventionsabbau“ trifft nur zu einem kleinen Teil die Hauptprofiteure, nämlich die privaten Unternehmer. Dies bezieht sich auf einen Teil der Gemeinschaftsaufgaben (Verbesserung der regionalen Infrastruktur), auf die Wertbeihilfe, auf den Abbau bestimmter Körperschaftsteuervergünstigungen. So sehr Maßnahmen zur Einschränkung von Unternehmenssubventionen zu begrüßen sind, darf dabei doch nicht übersehen werden, daß der auch 1980 weitergeführte Abbau der Gewinnsteuern (Gewerbsteuer) den privaten Unternehmern wesentlich mehr Steuererleichterungen auf Kosten der Staatskassen bringt als diese durch die Streichung einiger kleinerer direkter Subventionen einsparen.

## 3.5 Tarifaktionen

Im dritten Quartal 1980 wurden nur noch in kleineren Wirtschaftsbereichen Lohn- und Gehaltstarife abgeschlossen. Während im ersten Halbjahr nach Berechnungen des WSI die Lohn- und Gehaltserhöhungen durchschnittlich 6,8 Prozent betrugen, lag das Niveau offensichtlich unter dem Eindruck der sich bis zur Jahresmitte beschleunigenden Inflation im dritten Quartal etwas höher.

In einigen Bereichen kam es in diesem Zeitraum zu Tarifaktionen und Streiks. Gegenstand der Auseinandersetzungen waren neben Lohn- und Gehaltsforderungen Fragen der Arbeitszeitverkürzung und der Belastungen durch Schichtarbeit.

Im Tarifbereich der *Brauereien* wurde im August die Übernahme eines Lohnabschlusses auf andere Tarifgebiete zum Konfliktpunkt. Nachdem in Niedersachsen erst im Schlichtungsverfahren eine 6,6prozentige Erhöhung erreicht wurde, weigerten sich die Unternehmer in Nordrhein-Westfalen und Hessen, dieses Ergebnis zu übernehmen. In den Brauereien dieser beiden Bundesländer legten daraufhin über tausend Beschäftigte zeitweilig die Arbeit nieder. Auch in Brauereien im ländlichen Bereich waren eindrucksvolle Warnstreiks zu verzeichnen. Danach kamen Abschlüsse zwischen 6,7 bis 6,8 Prozent zustande.

Im Bereich der *Journalisten* in Zeitungsverlagen waren Forderungen der dju in der IG Druck und Papier und des DJV nach einer manteltariflichen Regelung einer 5-Tage- und 40-Stunden-Woche Inhalt der Auseinandersetzungen. Nachdem schon die sechste Verhandlungsrunde am 12. Juni von Protestaktionen gegen die ablehnende Haltung der Zeitungsverleger begleitet waren, traten zur siebten Verhandlungsrunde am 24. September Journalisten in über 20 Redaktionen in den Warnstreik oder führten in anderen Bereichen Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit durch. In sehr vielen Fällen mußten die Zeitungen am folgenden Tag in reduziertem Umfang erscheinen.



## Tarifabschlüsse August / September / Oktober 1980

Gewerkschaft	Branche (Beschäftigte)	Abschluß	Lohn- und Gehaltserhöhung
IG Bergbau und Energie	Erdöl- und Erdgasgew. (10 500)		7,5 %
IG Bergbau und Energie	Kali- und Stein- salzbergbau (11 600)		7,1 %
IG Chemie/ Papier/Keramik	Mineralöl- verarbeitung (23 800)		7,5 %
IG Chemie/ Papier/Keramik	Papier- erzeugende Industrie (57 000)	Sept./Okt.	7,2 %
IG Chemie/ Papier/Keramik	Hohlglas- erzeugung (20 200)	September	6,9 %
Gew. Nahrung- Genuß-Gastst.	Brauereien (38 700)	August	zwischen 6,6 bis 6,8 %
Gew. Holz und Kunststoff	Tischler- handwerk (Schleswig- Holstein, Hamburg und NRW) (ca. 50 000)	Oktober	7,2 %
Gew. Holz und Kunststoff	Holzver- arbeitende Industrie Hamburg	Oktober	7,4 %

(Quelle: Archiv Soziale Bewegungen, IMSF)

Die enormen Belastungen durch den Schichtdienst bei der *Deutschen Bundespost* waren Ausgangspunkt für einen Forderungskatalog der Postgewerkschaft: eineinhalbfache Anrechnung der Arbeitszeit im Schichtdienst, mehr Urlaub, Beibehaltung und Ausweitung der auf die Arbeitszeit anzurechnenden Pausen, Verbesserung des Gesundheitsschutzes. Nachdem das Postministerium eine ablehnende Haltung beibehielt und im September die „Friedenspflicht“ abgelaufen war, leitete die Postgewerkschaft zahlreiche lokale Aktionen und Warnstreiks der Arbeiter und Angestellten bei der Post ein.

Im *Fahrzeug- und Karosseriehandwerk Niedersachsens* (20 000 Beschäftigte) wurden Forderungen nach einer Lohn- und Gehaltserhöhung von 10,5 Prozent Gegenstand eines langwierigen Streiks. Am 28. Oktober traten 3000 Beschäftigte in 20 Betrieben in den Arbeitskampf, der bei Redaktionsschluß schon drei Wochen andauerte.

In den ersten drei Monaten des Jahres 1981 stehen Tarifkündigungen bevor, von denen rund 15 Millionen Beschäftigte, d. h. knapp 70 Prozent aller abhängig Beschäftigten betroffen sind. Zu den ersten großen

Lohn- und Gehaltsforderungen  
September / Oktober / November 1980

Gewerkschaft	Branche	TV kündbar	Forderung
IG BE	Braunkohlen- bergbau	31. Oktober	9,5 %
NGG	versch. kleinere Bereiche wie Molkereien, Er- nährungs- industrie etc.	31. Oktober oder 30. November	9 bis 9,5 %
GHK	Fahrzeug- und Karosserie- bauerhandwerk	30. September	10,5 %
Gew. Leder	Schuhindustrie	31. Oktober	80 Pfennig mehr Lohn; 10,5 % mehr Gehalt
Gew. Leder	Lederwaren- und Koffer- industrie	31. Oktober	75 Pfennig mehr Lohn; 10 % mehr Gehalt

(Quelle: Archiv Soziale Bewegungen, IMSF)

Bereichen wird die Tarifverhandlung in der Metallindustrie gehören. Aber auch im letzten Quartal 1980 stehen in einigen kleineren Bereichen noch Tarifverhandlungen an. Da die „Prognosen“ der Wirtschaftswissenschaftlichen Institute im Gleichklang mit den Orientierungen der Unternehmerverbände auf deutlich niedrigere Abschlüsse als im Vorjahr drängen, um schon frühzeitig den Erwartungshorizont der Arbeiter und Angestellten möglichst weit zu drücken, ist das Forderungsniveau auch in diesen kleineren Bereichen am Ende des Jahres von Interesse.

## 3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft ist bis zur Jahresmitte noch angestiegen, wenn auch in deutlich verlangsamtem Tempo. Saisonbereinigt waren im zweiten Vierteljahr 1980 noch knapp 40 000 mehr Lohnabhängige beschäftigt als im ersten Vierteljahr. Diese Entwicklung dürfte sich in den letzten Monaten aber umgekehrt haben, auch wenn gegenüber dem Vorjahr der Stand noch höher liegt.

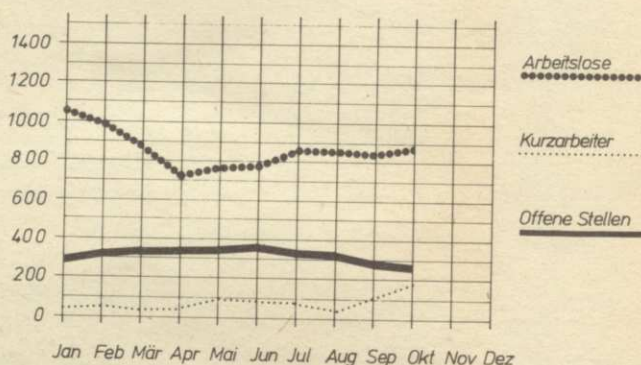
Mit dem Ende der Beschäftigungsexpansion hat sich auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt erheblich verschlechtert.

## Arbeitsmarkt 1980

	Arbeitslose (1) (2)		Kurzarbeiter (1) (2)		Offene Stellen (1) (2)	
Januar	1 037	- 135	98	- 37	282	+ 44
Februar	993	- 141	102	- 65	313	+ 46
März	876	- 82	94	- 76	337	+ 35
April	825	- 50	93	- 29	346	+ 33
Mai	767	- 8	92	- 1	344	+ 12
Juni	781	+ 18	86	+ 21	353	- 2
Juli	853	+ 49	85	+ 52	335	- 11
August	865	+ 66	43	+ 20	324	- 15
September	823	+ 86	138	+ 101	299	- 21
Oktober	888	+ 126	189	+ 127	275	- 32

(1) In 1000 Personen; (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

## Arbeitsmarkt 1980 (in Tausend)



IMSF

In der gesamten kapitalistischen Welt gehört die Arbeitslosigkeit inzwischen zur Dauererscheinung, jede zyklische Krise erhöht ihr Niveau, während konjunkturelle Belebung zu keinem Rückgang führen. Ende September waren im Raum der EG mehr als sieben Millionen Arbeitslose registriert, gut eine Million mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Im OECD-Raum, d. h. in der kapitalistischen Welt (Ausnahme: Jugoslawien) sind zur Zeit bereits mehr als 20 Millionen Menschen als arbeitslos registriert.

Im Höhepunkt der letzten Krise, 1975, waren es erst 15 Millionen.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),  
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am MainVerfasser: Dr. Jörg Goldberg und Klaus Pickshauss, 6000 Frankfurt am Main  
Der Abschnitt 1.4 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 12. 11. 1980. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 36,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck &amp; Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.